

Antrag

der Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Schwab und Sulzberger

betreffend: **Mehr Kontrolle in den Verbänden – alle Bezirks-GVV's sollen Sitz und Stimme erhalten**

Wie einem Brief der Gemeindeabteilung der NÖ Landesregierung an die Gemeinden im November 2009 zu entnehmen war, werden die Kommunen in den kommenden Monaten aufgrund der prekären Finanzlage ihre Gebühren in Richtung gesetzliches Höchstmaß zu veranlassen. Dies bedeutet, dass die Landesbürger das Doppelte von den tatsächlich anfallenden Kosten bei Kanal, Wasser und Müll zu bezahlen haben.

Aus dem Bezirk Waidhofen an der Thaya wurde nun bekannt, dass der Gemeindeverband für Aufgaben der Abfallwirtschaft seine Gebühren um fast 30 % erhöht hat. In diesem Fall haben die 15 Mitgliedsgemeinden des Verbandes (alle mit ÖVP oder SPÖ Bürgermeister bzw. ÖVP oder SPÖ Mehrheit) die Erhöhung selbst beschlossen. Vertreter von anderen Parteien sind hier nicht vertreten.

Eine zentrale Rolle spielen bei diesen Erhöhungen die Gemeindeverbände, in denen etwa gemeinsame Wasser- und Kanalleitungen betrieben werden und auch die Müllabfuhr organisiert ist. Auf diese Verbände haben die einzelnen Gemeinderäte keinen „Zugriff“, sondern lediglich die von den Kommunen entsandten Mitglieder. Diese wiederum werden zumeist von den Großparteien VP und SP gestellt; die anderen Parteien werden nicht berücksichtigt und haben deshalb keinen Einblick in die Finanzgebarung der Verbände. Zu hinterfragen wäre jedoch sehr wohl, warum nicht alle politischen Parteien die in diesem Bezirk in den Gemeinden vertreten sind, Einblick in die Geschäftsgebarung bekommen und auch ein Mitbestimmungsrecht über eine weitere Gebührengestaltung erhalten. Somit ist es für die Bürgermeister ein Leichtes, Gebührenerhöhungen auf die Verbände abzuwälzen, die ohnehin keiner ausreichenden Kontrolle unterliegen.

Weiters ist dem Großteil der Bevölkerung nicht bewusst, dass Verbandsobleute laut Gemeindeordnung durchaus mit Gehältern in der Höhe eines Bürgermeisters besoldet sein können und somit die Verbandskassen zusätzlich belasten, die jedoch

von den Mitgliedsgemeinden dotiert werden müssen. In Niederösterreich gibt es daher eine ganze Reihe von Bürgermeistern und Verbandsobmännern, die aufgrund dieser Funktionskombination auf höhere Bezüge als etwa ein Nationalrat kommen. In Zeiten von Belastungsbudgets und Gebührenerhöhungen ist das ein völlig falsches Signal an die Bevölkerung.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die erforderlichen rechtlichen Schritte zu setzen, damit künftig in sämtlichen niederösterreichischen Verbänden alle Bezirksgemeindevertreterverbände durch eine von diesen entsandte Person ihr Sitz- und Stimmrecht in der Verbandsversammlung ausüben können.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 24. Juni 2010 möglich ist.